

„Tiroler Gemeinden sind ein wichtiger Motor für die Bauwirtschaft. Um geplante Investitionen rasch in die Tat umzusetzen, fordern wir den Einsatz digitaler und damit beschleunigter Verfahren. Damit wäre ein großer Schritt in Richtung weiterer Optimierung und Modernisierung der Verwaltung getan.“

Landesinnungsmeister
Anton Rieder



Foto: Ch. Koller

Landesinnung fordert digitale Baueinreichung

Um Projektverzögerungen zu vermeiden und damit die Tiroler Wirtschaft zu stärken, möchte die Tiroler Landesinnung die digitale Baueinreichung vorantreiben.

Eine von der Landesinnung Bau initiierte Umfrage zeigt die Dringlichkeit eines Wandels in der Abwicklung von Bauverfahren. Der Großteil der 200 Befragten empfindet die bisherigen Durchführungen als langwierig, bürokratisch und projektverzögernd. Um in diesem Bereich eine Verbesserung zu erzielen, müssen die Potentiale der Digitalisierung genutzt werden. Laut dem Landesinnungsmeister Anton Rieder gehe es keinesfalls darum, auf Vorschriften zu verzichten, sondern verlässliche, valide, transparente und digitale Bauverfahren zu ermöglichen: „Es hängt viel am Bau – nicht nur die Baufirmen, sondern auch vor- und nachgelagerte Branchen leisten bei guter Auftragslage einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Deswegen ist es umso wichtiger, Verzögerungen bei geplanten Projekten aufgrund bü-



Foto: ADOBE STOCK_BONGKARN

Digitale Bauverfahren führen zu einer erheblichen Optimierung des Systems, von der alle Beteiligten profitieren.

rokratischer Hindernisse zu vermeiden.“

Geplantes Pilotprojekt in Tirol

Wien nimmt hier eine Vorreiterrolle ein: Seit kurzem wird dort das gesamte Verfahren – von der Einreichung bis zur Fertigstellung – digital abgewickelt. Dies spart allen Beteiligten Zeit, Papier und Geld. In der Rolle der Baubehörde konnte die Stadt Wien die Digitalisierung einheitlich umsetzen. Laut Rieder ist dieser Prozess in Tirol wesentlich schwieriger: „Bis dato muss die Digitalisierung von Baueinreichungen mit 279 Ge-

meinden koordiniert werden. Wir brauchen ein gemeinsames System und Gesetze, die sowohl die analoge als auch die elektronische Einreichung ermöglichen.“ Um dieses Vorhaben voranzutreiben, möchte die Landesinnung in Kooperation mit der Universität Innsbruck und 3 bis 5 Gemeinden ein Pilotprojekt starten. „Wir werden das Konzept mit dem Land besprechen und im Anschluss erste Schritte einleiten. Im Wesentlichen möchten wir Ergebnisse generieren, auf Basis dessen digitale Baueinreichungen bis 2023 möglich gemacht werden“, so Rieder.